



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin

Pressemitteilung

Bund sorgt für solide Finanzierungsbasis - Widmann-Mauz MdB antwortet SPD-Landtagsabgeordneten zur Krankenhausfinanzierung

Berlin, 28. April 2013
Anlagen:

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

In einem Schreiben zur finanziellen Situation des Universitätsklinikums Tübingen hatte sich die SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid MdL an den Bundesgesundheitsminister gewandt. Annette Widmann-Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium nahm in ihrem Antwortschreiben stellvertretend Stellung und erläuterte die Maßnahmen des Bundes zur Sicherung der Krankenhausversorgung.

Widmann-Mauz MdB bekräftigt in ihrem Antwortbrief, dass der Bund seine Aufgaben im Bereich der Krankenhausfinanzierung im Hinblick auf dynamisch steigende Krankenausgaben sehr ernst nimmt. So habe die Regierungskoalition auf die sich abzeichnende Eintrübung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser bereits mit dem Psych-Entgeltgesetz im Jahr 2012 mit verschiedenen Maßnahmen reagiert.

„Saldiert erhalten die Krankenhäuser hierdurch in den Jahren 2012 bis 2014 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von rd. 630 Mio. Euro“, rechnet Widmann-Mauz MdB vor und fügt hinzu: „Zusätzlich haben sich die Gesundheitspolitiker der Regierungskoalition für eine weitere Entlastung der Krankenhäuser in den Jahren 2013 und 2014 in Höhe von rd. 880 Mio. Euro ausgesprochen.“ Damit weist die Parlamentarische Staatssekretärin auf die am 22. März zwischen CDU/CSU und FDP abgestimmten Eckpunkte zur unmittelbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser hin.

Darin enthalten ist auch die Zusage des Bundes, sich wie auch im Jahr 2012, anteilig an der Tariflohnfinanzierung für 2013 und 2014 zu beteiligen. Dies bringe jährlich Entlastungen von 20 bis 40 Mio. Euro bei den Personalkosten. Weitere Finanzspielräume ergeben sich aus den Mehreinnahmen des 2011 zur Kostendeckelung eingeführten Mehrleistungsabschlags für Krankenhäuser. Die sich daraus ergebenden Einnahmen sollen auf alle Krankenhäuser verteilt werden. Zudem ist eine



zusätzliche Unterstützung der Krankenhäuser bei der Ausstattung mit ärztlichem und pflegerischem Hygienepersonal vorgesehen. Dadurch werde auch das bereits vorhandene Pflegepersonal entlastet, schildert Widmann-Mauz die Verbesserungen im Krankenhaussektor.

In ihrem Brief geht die Bundestagsabgeordnete auch auf die Situation der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendmedizin in Tübingen ein und weist auf weitere Gespräche hin, die zeitnah stattfinden sollen.

Unabhängig von den Verpflichtungen des Bundes, zu einer soliden Finanzierungsbasis der Krankenhäuser beizutragen, betont Widmann-Mauz MdB auch die Verantwortung des Landes Baden-Württemberg: „Anders als die beständig und dynamisch steigenden Betriebsmittelausgaben waren die für Investitionen vom Land bereitgestellten Fördermittel auch in Baden-Württemberg über viele Jahre rückläufig oder stagnierten. Zu hoffen ist, dass dieser Trend nunmehr in Baden-Württemberg gebrochen ist. Dies ist umso wichtiger, als die Kliniken vielfach Betriebsmittel für Zwecke der Investitionsfinanzierung einsetzen müssen.“

Die Parlamentarische Staatssekretärin weist dabei auf den vom Land verursachten Investitionsstau der Krankenhäuser hin, den der Landkreistag von Baden-Württemberg auf über 1 Mrd. Euro beziffert.

„Ich würde es vor diesem Hintergrund daher begrüßen, wenn Sie sich beim Land vehement für einen Abbau des Investitionsstaus und für eine dauerhafte und nachhaltige Erhöhung der Fördermittel für Krankenhäuser einsetzen würden“, fordert Widmann-Mauz MdB die SPD-Landtagskollegin auf.